

Michael Csaszkóczy

Beitrag für die Kundgebung der „Initiative 40 Jahre Radikalenerlass“ am 17.02.2016 vor dem Landtag in Stuttgart

(verlesen von Michael Dandl)

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wäre heute furchtbar gerne hier mit Euch vor dem Landtag, um gegen das vorläufige Scheitern unserer Initiative zu protestieren. Einer Initiative, die die längst überfällige Rehabilitierung der Berufsverbots-Betroffenen und die deutliche Distanzierung vom Radikalenerlass bedeuten sollte und die nun angesichts der Blockadehaltung von Grünen und SPD vorläufig in eine Sackgasse geraten zu sein scheint.

Ich sage ganz bewusst „vorläufig“ und „scheint“. Denn gerade wir, die vom Berufsverbot betroffen waren, wissen doch: Mit Grundrechten ist es wie mit allen anderen Rechten: Sie sind Rechte, die gegen die herrschenden Verhältnisse erkämpft wurden und die ständig neu erkämpft und verteidigt werden müssen, wenn sie Bestand haben sollen. Ohne dass wir Grüne und SPD mit unseren öffentlichen Forderungen gedrängt hätten, wäre es nie zu einem Runden Tisch gekommen. Dass unser Anliegen nun so schmäählich abgebügelt wurde, liegt offensichtlich daran, dass sie uns für eine zu vernachlässigende Größe halten. An uns ist es, zu zeigen, dass das nicht so ist.

Es geht um sehr viel mehr als um die Forderungen einiger Älterer, denen Unrecht widerfahren ist. Wie sehr dieses Unrecht einige von uns individuell, biographisch und ganz existentiell gebeutelt hat, muss ich den Meisten von uns nicht erzählen.

Es hat sich sicherlich schwerer gelebt, wenn man politische und moralische Vorstellungen hatte, die nicht so flexibel waren, dass man jede Wende windschnittig mitmachen konnte. Vielleicht haben die Damen und Herren, die jetzt auf den Regierungsbänken sitzen und uns als Bittsteller behandeln, tatsächlich keine Vorstellung davon.

Aber es geht eben nicht nur um die Aufarbeitung der Vergangenheit. Herr Kretschmann hat Einigen von uns zum Jahresende durch sein Büro Folgendes ausrichten lassen:

„Das Problem an diesem Kapitel der Geschichte Baden-Württembergs ist auch aus heutiger Sicht nicht, dass der Staat bei Zweifeln an der Verfassungstreue eines Bewerbers oder einer Bewerberin eine Überprüfung vornimmt und gegebenenfalls von einer Einstellung absieht. (...) Ist bei einer Person zu befürchten, dass sie oder er sich mit der Idee der freiheitlich demokratischen Ordnung dieses Staates nicht identifiziert, ist sie als Beamtin oder Beamter ungeeignet.“

Der einzige Unterschied, der in dieser Frage zu den Zeiten Filbingers besteht, ist, dass unter grünrot korrekt gegendert wird. Herr Kretschmann – einst selbst vom Berufsverbot betroffen, heute aber mustergültig geläutert – macht hier sehr deutlich klar: Es kann, so Kretschmann, „keine allgemeine Rehabilitierung der Betroffenen geben“, weil das Instrument der Berufsverbote noch gebraucht wird.

Wovon man sich laut Kretschmann eventuell mal distanzieren könnte, sei das Mittel der

sogenannten „Regelanfrage“ beim Inlandsgeheimdienst. Dazu hat bereits Annette Schavan das Nötige gesagt, als sie das gegen mich gerichtete Berufsverbotsverfahren vor der Presse so begründete: *„Die Regelanfrage gibt es nicht mehr; aber das kann ja nicht heißen, dass wir die Hinweise des Verfassungsschutzes ignorieren“*. Soweit Frau Schavan im Jahr 2004.

Mit anderen Worten: Ihr Geheimdienst arbeitet so gründlich, dass sie gar nicht mehr erst anfragen brauchen. In Zeiten der totalen Überwachung hat sich dieses Instrument erübrigt. Mein Berufsverbot wurde nach jahrelangem Prozessieren als grundrechtswidrig kassiert und auch über die intellektuelle Redlichkeit Frau Schavans haben die zuständigen Instanzen geurteilt. Und doch beharrt grün-rot weiter auf dieser Position.

Und trotz Gerichtsurteil geht die Kriminalisierung weiter. Das grün-rot-geführte Innenministerium besteht auf meiner fortgesetzten geheimdienstlichen Beobachtung und erklärt meine Akten zur geheimen Staatssache, deren Offenlegung das Wohl des Landes Baden-Württemberg gefährden würde.

Deshalb geht es nicht nur um die Aufarbeitung der Vergangenheit. Es geht um die fortgesetzte Verbreitung eines Klimas der Einschüchterung, der Angst und des Duckmäusertums. Es geht um die ungebrochene Unterstützung eines zwielichtigen Geheimdienstes, dessen vielfältige Verstrickungen mit der Naziszene längst kein Geheimnis mehr sind. *„Wer sich der Geschichte nicht stellt, ist dazu verdammt sie zu wiederholen“* hat George Santayana 1905 geschrieben.

Wir sind mit unseren Bemühungen um eine Aufarbeitung der Berufsverbote nicht allein. Der DGB und die Einzelgewerkschaften GEW, ver.di und IG Metall haben sich in erfreulicher Eindeutigkeit positioniert, weil sie erkannt haben, was eine Hexenjagd, wie sie zur Zeit des Radikalenerlasses veranstaltet wurde, für alle emanzipatorischen Bewegungen bedeutet.

Wir können an dieser Stelle schon Eines versprechen: Ganz gleich, wie die neue Regierung aussehen wird – sie wird wieder konfrontiert sein mit unserer Forderung nach Aufarbeitung und Rehabilitation und Entschädigung. Wir sagen ebenfalls sehr deutlich: Eine Aufarbeitung der Berufsverbote muss Konsequenzen für die Zukunft haben. Ohne Abschaffung der sogenannten „Gewährbiete“-Klausel in den Beamtenetzen und ohne die Entmachtung des Inlandsgeheimdienstes, der zu Unrecht den Namen „Verfassungsschutz“ trägt, werden alle Bekundungen nur Sonntagsreden bleiben.

Ob noch in dieser Legislaturperiode oder in der nächsten, ob die kommende Regierung schwarz-grün, rot-grün oder schwarz-rot gefärbt ist: Sie werden uns nicht los!

Herzliche solidarische Grüße

Michael Csaszκόczy, Heidelberg